



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Klimaschutz und Mobilität in Bayern XI – Klimaschädliche Subventionen im Verkehrsbereich: Energiesteuervergünstigungen für Diesel abbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich über den Bundesrat für den Abbau der klimaschädlichen Subventionen im Verkehrsbereich, wie der Energiesteuervergünstigungen für Diesel, einzusetzen.

#### **Begründung:**

Im Dezember 2015 hat die 21. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Paris beschlossen, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau „wesentlich unter zwei Grad“ zu halten. Trotzdem werden noch immer klimaschädliche Produktions- und Konsumweisen in großem Stil subventioniert. Klimaschädliche Subventionen bewegen sich in Deutschland auf einem hohen Niveau, obwohl die Bevölkerung Deutschlands den Umweltschutz seit Jahren zu ihren wichtigsten Anliegen zählt. Der Fiskus honorierte umweltschädliches Verhalten laut dem Bericht des Umweltbundesamts (UBA) „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“ im Jahr 2010 mit mehr als 52 Mrd. Euro. Fast die Hälfte der klimaschädlichen Subventionen fließt dabei in den Verkehrssektor, allein fast acht Milliarden zugunsten von Dieselmotoren, der durch seinen höheren Energiegehalt pro Liter mehr CO<sub>2</sub> freisetzt als Benzin-Kraftstoffe. In einem ersten Schritt sollte nach Auffassung des Sachverständigenrats für Umweltfragen sehr kurzfristig damit begonnen werden, die Steuerbegünstigung von Diesel sukzessive und vorhersehbar zu beenden. Die Steuersätze für Kraftstoffe sollten sich an ihrem jeweiligen Energie- und CO<sub>2</sub>-Gehalt orientieren. Der Abbau klimaschädlicher Subventionen würde die öffentlichen Haushalte entlasten und es entstünde finanzieller Spielraum, um mehr Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu fördern. Außerdem könnten einkommensschwache Gruppen finanzielle Hilfen erhalten, die durch den Übergang zu ökologisch wahren Preisen belastet werden. Denkbar wäre auch, die Mehreinnahmen für andere wichtige gesellschaftliche Ziele einzusetzen, zum Beispiel für Bildung. Oder es ließen sich gar Steuern senken.